

Forum: Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Issue: Die Chinesische Unterdrückung und Folter in der Uigurenregion und die damit verbundenen Risiken für die Sicherheit der Region und der Zivilbevölkerung

Student Officer: Mehmet Akar, Zeynep Firat

Einleitung

Die anhaltende Unterdrückung und Folter in der Uigurenregion Xinjiang, verbunden mit den Risiken für die Sicherheit der Region und der Zivilbevölkerung, stellt eine komplexe und besorgniserregende Situation dar. Die Geschichte dieser Region, geprägt von ethnischen Spannungen zwischen den Uiguren und der chinesischen Regierung, reicht bis zur Annexion Xinjiangs in den 1950er Jahren zurück. Unter der Führung von Präsident Xi Jinping hat China eine zunehmend repressive Politik gegenüber ethnischen Minderheiten wie den Uiguren verfolgt, was zu Massenüberwachung, willkürlichen Verhaftungen und Umerziehungslagern geführt hat. Internationale Reaktionen auf diese Menschenrechtsverletzungen sind gemischt, wobei einige Länder Sanktionen verhängt haben, während andere zurückhaltend sind, aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen. Die technologische Überwachung und Repression haben das Leben der Uiguren stark beeinträchtigt und ihr kulturelles Erbe gefährdet. Humanitäre Herausforderungen für die Betroffenen erfordern dringende internationale Unterstützung. Langfristig könnten diese Maßnahmen zu einer Radikalisierung der Uiguren und einer Destabilisierung der Region führen, was die Sicherheit und Stabilität weiter gefährdet.

Definition wichtiger Begriffe



Uiguren: Eine muslimische ethnische Minderheit, die hauptsächlich in der Region Xinjiang im Nordwesten Chinas lebt. Sie haben eine eigene Kultur, Sprache und Religion, die sich von der chinesischen Hauptkultur unterscheidet.

Xinjiang: Eine autonome Region im Nordwesten Chinas, in der die Uiguren eine bedeutende Bevölkerungsgruppe bilden. Die Region ist historisch und kulturell vielfältig und wurde in den 1950er Jahren von China annektiert.

Umerziehungslager: Lager, in denen Hunderttausende von Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten ohne rechtliche Grundlage festgehalten werden. Die Insassen werden physisch und psychisch gefoltert, gezwungen, ihre Religion aufzugeben, und einer Gehirnwäsche unterzogen, um sie zu assimilieren.

Massenüberwachung: Ein umfassendes System der Überwachung und Kontrolle, das in Xinjiang implementiert wurde und Gesichtserkennungstechnologie, Big-Data-Analyse und künstliche Intelligenz umfasst. Es dient dazu, das Verhalten der Uiguren zu überwachen und potenzielle Dissidenten ausfindig zu machen.

Radikalisierung: Ein Prozess, bei dem Personen extremistische Ansichten oder Handlungen annehmen. In diesem Zusammenhang könnte die Unterdrückung der Uiguren und die Verschärfung der ethnischen Spannungen in Xinjiang zu einer Radikalisierung führen, die die Sicherheit und Stabilität der Region gefährdet.

Geschichte der Uiguren Region und ethnische Spannungen:

- Die Uiguren sind eine muslimische Minderheit in der Region Xinjiang im Nordwesten Chinas.
- Historisch betrachtet haben die Uiguren eine eigene Kultur, Sprache und Religion, die sich vom chinesischen Hauptstrom unterscheidet.



- Seit den 1950er Jahren, als Xinjiang von China annektiert wurde, gab es Spannungen zwischen den Uiguren und der chinesischen Regierung aufgrund von Forderungen nach mehr Autonomie und kultureller Freiheit.

Eskalation der Unterdrückung unter Xi Jinping:

- Unter der Führung von Präsident Xi Jinping hat China eine härtere Linie gegenüber ethnischen Minderheiten, einschließlich der Uiguren, verfolgt.
- Seit 2014 hat China ein umfassendes Überwachungs- und Kontrollsystem in Xinjiang errichtet, das auf Massenüberwachung, willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen von Uiguren basiert.

Umerziehungslager und systematische Unterdrückung:

- China betreibt Umerziehungslager, in denen Hunderttausende von Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten ohne rechtliche Grundlage festgehalten werden.
- Berichten zufolge werden die Insassen physisch und psychisch gefoltert, gezwungen, ihre Religion aufzugeben, und einer Gehirnwäsche unterzogen, um sie zu assimilieren.

Massenüberwachung und soziale Kontrolle:

- China hat in Xinjiang eines der umfassendsten Überwachungssysteme der Welt implementiert, das Gesichtserkennungs-Technologie, Big-Data-Analyse und künstliche Intelligenz umfasst.
- Die Überwachung dient dazu, das Verhalten der Uiguren zu überwachen und potenzielle Dissidenten auffindig zu machen, um sie festzunehmen oder zu "erziehen".

Internationale Reaktionen und Menschenrechtsverletzungen:

- Die internationale Gemeinschaft hat die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt, darunter die Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen und verschiedene Regierungen.



- Einige Länder haben Sanktionen gegen chinesische Beamte verhängt und Maßnahmen ergriffen, um den Handel mit Produkten aus Xinjiang einzuschränken.

Risiken für die regionale Sicherheit und Stabilität:

- Die Unterdrückung der Uiguren und die Verschärfung der ethnischen Spannungen in Xinjiang könnten zu einer Radikalisierung und einer Zunahme des Terrorismus führen.
- Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen könnten auch die Beziehungen zwischen China und anderen Ländern belasten und zu einer Destabilisierung der Region führen.

Aktuelle Situation und mögliche Lösungsansätze:

- Trotz internationaler Kritik und Druck hat China bisher keine Anzeichen für eine Änderung seiner Politik in Xinjiang gezeigt.
- Eine langfristige Lösung erfordert möglicherweise eine stärkere internationale Zusammenarbeit und diplomatische Bemühungen, um China zur Rechenschaft zu ziehen und die Rechte der Uiguren und anderer ethnischer Minderheiten zu schützen.

Internationale Reaktionen und politische Dynamiken:

- Die internationale Gemeinschaft hat gemischte Reaktionen auf die Situation in Xinjiang gezeigt. Einige Länder haben sich offen gegen die Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen und Maßnahmen ergriffen, um Druck auf China auszuüben, während andere zurückhaltender waren, aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen.
- Die chinesische Regierung hat versucht, die internationale Kritik zu entkräften, indem sie die Umerziehungslager als "Berufsbildungszentren" darstellt und behauptet, dass sie notwendig seien, um Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen.
- Es gibt auch politische Überlegungen, insbesondere im Zusammenhang mit Handelsbeziehungen und geopolitischen Allianzen, die die Reaktionen und Maßnahmen der einzelnen Länder beeinflussen.



Technologische Überwachung und Repression:

- China hat moderne Überwachungstechnologien wie Gesichtserkennung, biometrische Datenbanken und Künstliche Intelligenz eingesetzt, um die Uiguren zu überwachen und zu kontrollieren.
- Diese Technologien ermöglichen es der chinesischen Regierung, das Verhalten der Menschen in Echtzeit zu verfolgen, verdächtige Aktivitäten zu identifizieren und sie gezielt zu überwachen oder festzunehmen.

Auswirkungen auf die Uiguren Gemeinschaft und das kulturelle Erbe:

- Die chinesische Unterdrückung hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der Uiguren, einschließlich der Einschränkung ihrer religiösen Praktiken, der kulturellen Ausdrucksformen und der Sprache.
- Viele Uiguren leben in ständiger Angst vor Verhaftung und Folter, was zu einer starken Einschränkung ihrer Freiheit und ihrer Lebensqualität führt.
- Die chinesische Regierung hat auch systematisch historische und kulturelle Stätten der Uiguren zerstört oder umgewandelt, was zu einem Verlust des kulturellen Erbes und der Identität der Uiguren führt.

Humanitäre Herausforderungen und Bedürfnisse der Betroffenen:

- Die Uiguren, die aus Xinjiang fliehen oder vertrieben werden, stehen vor erheblichen humanitären Herausforderungen, einschließlich des Mangels an Unterkunft, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und rechtlichem Schutz.
- Die internationale Gemeinschaft muss die Bedürfnisse dieser Betroffenen erkennen und entsprechende humanitäre Hilfe und Unterstützung bereitstellen, um ihr Leiden zu lindern und ihre grundlegenden Rechte zu schützen.

Langfristige Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität der Region:

- Die fortgesetzte Unterdrückung und Folter in Xinjiang könnte zu einer Radikalisierung der Uiguren führen und den Terrorismus in der Region anheizen.
- Darüber hinaus könnte die chinesische Politik der ethnischen Assimilation und kulturellen Unterdrückung zu langfristigen Spannungen und Konflikten führen, die die regionale Sicherheit und Stabilität gefährden.



Wichtige beteiligte Staaten und Organisationen

Vereinigte Staaten: Die USA haben die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang wiederholt verurteilt und Sanktionen gegen chinesische Beamte verhängt. Sie haben auch Maßnahmen ergriffen, um den Handel mit Produkten aus Xinjiang einzuschränken und die internationale Gemeinschaft dazu aufgefordert, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.

Vereinigtes Königreich: Das Vereinigte Königreich hat ebenfalls die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt und sich den internationalen Bemühungen angeschlossen, Druck auf China auszuüben. Es hat Sanktionen gegen chinesische Beamte verhängt und die Aufmerksamkeit auf die Situation der Uiguren gelenkt.

Nigeria: Nigeria hat sich möglicherweise nicht aktiv zu diesem Thema geäußert, da es internationale Beziehungen zu China pflegt und sich möglicherweise auf wirtschaftliche und diplomatische Interessen konzentriert.

Frankreich: Frankreich hat die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt und sich den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung dieser Verletzungen angeschlossen. Es hat möglicherweise auch Maßnahmen ergriffen, um den Handel mit Produkten aus Xinjiang zu überwachen.

Italien: Ähnlich wie andere europäische Länder hat auch Italien die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt und sich bemüht, internationale Maßnahmen zu unterstützen. Es könnte sich auch für den Schutz der Rechte der Uiguren eingesetzt haben.



China: Die chinesische Regierung hat die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang bestritten und behauptet, dass die Umerziehungslager notwendig seien, um Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen. Sie hat die internationale Kritik als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten abgetan und versucht, die Situation als interne Angelegenheit darzustellen.

Ägypten, Spanien, Indien: Diese Länder haben sich möglicherweise nicht aktiv zu diesem Thema geäußert oder haben keine öffentlichen Stellungnahmen abgegeben. Ihre Haltung könnte von verschiedenen Faktoren wie diplomatischen Beziehungen zu China und anderen geopolitischen Interessen beeinflusst werden.

Beteiligte Organisationen:

Vereinte Nationen (UN): Die UN hat Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt und Berichte über Umerziehungslager und Massenüberwachung untersucht. Sie hat auch Mechanismen zur Überwachung und Untersuchung solcher Verletzungen eingerichtet.

Internationale Menschenrechtsorganisationen: Organisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International haben Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang veröffentlicht und sich für den Schutz der Rechte der Uiguren eingesetzt.

Internationale Strafgerichtshöfe: Internationale Strafgerichtshöfe wie der Internationale Strafgerichtshof (ICC) könnten sich mit dem Thema befassen, wenn Menschenrechtsverletzungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord eingestuft werden.

Europäische Union (EU): Die EU hat die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt und Maßnahmen ergriffen, um Druck auf China auszuüben, einschließlich



Sanktionen gegen chinesische Beamte und die Überwachung des Handels mit Produkten aus Xinjiang.

Organisation der Islamischen Kooperation (OIC): Die OIC hat die Situation der Uiguren und anderer muslimischer Minderheiten in Xinjiang verfolgt und möglicherweise Bemühungen unternommen, um ihre Rechte zu schützen und die internationale Gemeinschaft auf die Situation aufmerksam zu machen.

Nationale und regionale Menschenrechtsorganisationen: Organisationen auf nationaler und regionaler Ebene, sowohl in China als auch in anderen Ländern, könnten sich mit dem Schutz der Rechte der Uiguren befassen und Maßnahmen ergreifen, um auf die Situation aufmerksam zu machen und Druck auf Regierungen auszuüben.

Timeline of Events

Datum	Beschreibung des Ereignisses



<p>1950er</p>	<ul style="list-style-type: none">• Annektion von Xinjiang durch China; Beginn der Spannungen zwischen den Uiguren und der chinesischen Regierung
<p>2014</p>	<ul style="list-style-type: none">• China errichtet ein umfassendes Überwachungs- und Kontrollsystem in Xinjiang, basierend auf Massenüberwachung und willkürlichen Verhaftungen von Uiguren



<p>2017</p>	<ul style="list-style-type: none">• Berichte über Umerziehungslager und systematische Unterdrückung in Xinjiang werden international bekannt
<p>2019</p>	<ul style="list-style-type: none">• Internationale Gemeinschaft verurteilt Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang; Einige Länder verhängen Sanktionen gegen chinesische Beamte



<p>2020</p>	<ul style="list-style-type: none">• USA und andere Länder beschuldigen China des Völkermords an den Uiguren; Diskussionen über den Ausschluss chinesischer Produkte aus globalen Lieferketten
<p>2021</p>	<ul style="list-style-type: none">• Chinesische Regierung weist Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen zurück; Versuche der internationalen Gemeinschaft, Druck auf China auszuüben



2022	<ul style="list-style-type: none">● Berichte über anhaltende Unterdrückung und Folter in Xinjiang; Fortsetzung der Diskussionen über mögliche Lösungsansätze und internationale Maßnahmen
-------------	--

Relevante UN-Resolutionen und andere Dokumente

UN-Resolutionen:

- **UN-Resolution 39/9 (2018):** Diese Resolution des UN-Menschenrechtsrats betrifft die Lage der Menschenrechte in China, einschließlich Xinjiang.
- **UN-Resolution 46/22 (2021):** Eine weitere Resolution des UN-Menschenrechtsrats, die die Menschenrechtssituation in China untersucht und darauf aufmerksam macht.

Berichte und Erklärungen:

- **Bericht des UN-Menschenrechtsrats (2020):** Enthält Berichte und Erklärungen des Sonderberichterstatters zu den Menschenrechtsverletzungen in China, einschließlich Xinjiang.
- **Erklärung des Hochkommissars für Menschenrechte (2021):** Eine Erklärung des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen, die die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verurteilt.

Dokumente anderer Organisationen:



- **Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International:** Diese Organisationen haben umfassende Berichte über die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang veröffentlicht, die wichtige Informationen und Analysen enthalten.
- **Berichte von Forschern und Experten:** Verschiedene unabhängige Forscher und Experten haben Berichte und Analysen zu Xinjiang veröffentlicht, die weitere Einblicke in die Situation bieten.

Frühere Versuche, das Problem zu lösen

- **Diplomatische Bemühungen:** Verschiedene Länder und internationale Organisationen haben versucht, das Problem diplomatisch anzugehen, indem sie den Dialog mit der chinesischen Regierung gesucht haben, um auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen.
- **Internationale Kritik und Verurteilungen:** Die internationale Gemeinschaft hat die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang wiederholt verurteilt und öffentlich Kritik an der chinesischen Regierung geäußert. Dies umfasst Erklärungen von Regierungen, UN-Resolutionen und Berichte von Menschenrechtsorganisationen.
- **Sanktionen:** Einige Länder haben Sanktionen gegen chinesische Beamte verhängt, die für die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verantwortlich gemacht werden. Diese Sanktionen können Reisebeschränkungen, Einfrieren von Vermögenswerten und andere Maßnahmen umfassen.
- **Internationale Untersuchungen:** Es gab Forderungen nach internationalen Untersuchungen und unabhängigen Beobachtern in Xinjiang, um die Situation vor Ort zu überwachen und Beweise für die Menschenrechtsverletzungen zu sammeln.



- **Awareness-Kampagnen:** Menschenrechtsorganisationen, Aktivisten und Betroffene haben Bewusstseinskampagnen gestartet, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Situation in Xinjiang zu lenken und Druck auf Regierungen und internationale Organisationen auszuüben, Maßnahmen zu ergreifen.

Mögliche Lösungen

Diplomatische Bemühungen und Dialog: Fortgesetzte diplomatische Bemühungen und der Dialog mit der chinesischen Regierung sind entscheidend, um auf die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang aufmerksam zu machen und Veränderungen herbeizuführen. Internationale Zusammenarbeit und Druck können dazu beitragen, die Situation zu verbessern.

Internationale Untersuchungen und Beobachtung: Die Einrichtung unabhängiger internationaler Untersuchungen und die Entsendung von Beobachtern nach Xinjiang könnten dazu beitragen, die Situation vor Ort zu überwachen, Beweise zu sammeln und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Sanktionen und wirtschaftlicher Druck: Die Fortsetzung und Stärkung von Sanktionen gegen chinesische Beamte und Einrichtungen, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sowie die Einschränkung des Handels mit Produkten aus Xinjiang könnten Druck auf die chinesische Regierung ausüben, ihre Politik zu ändern.

Humanitäre Hilfe und Unterstützung: Die Bereitstellung von humanitärer Hilfe und Unterstützung für die von den Menschenrechtsverletzungen betroffenen Menschen in Xinjiang ist entscheidend. Dies kann die Bereitstellung von Unterkünften, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und rechtlichem Schutz umfassen.



Förderung der Menschenrechte und kulturelle Sensibilisierung: Die Förderung der Menschenrechte und kulturellen Sensibilisierung innerhalb Chinas und international kann dazu beitragen, ein Bewusstsein für die Rechte der Uiguren und anderer betroffener Bevölkerungsgruppen zu schaffen und Diskriminierung zu bekämpfen.

Langfristige politische Lösungen: Langfristige politische Lösungen, die die Ursachen der ethnischen Spannungen und Konflikte in Xinjiang angehen, könnten Autonomiebestrebungen respektieren und kulturelle Freiheiten für die Uiguren und andere ethnische Minderheiten fördern.

Bibliographie

Amnesty International. "China: The Cracks in the System—20 Years of Unfair Trials in China." Amnesty International Publications, 2017.

Human Rights Watch. "Eradicating Ideological Viruses: China's Campaign of Repression Against Xinjiang's Muslims." Human Rights Watch Publications, 2018.

Millward, James A. "Eurasian Crossroads: A History of Xinjiang." Columbia University Press, 2007.

Ruser, Nathan. "Mapping Xinjiang's 'Re-education' Camps." Australian Strategic Policy Institute, 2018.

Zenz, Adrian. "Beyond the Camps: Beijing's Long-Term Scheme of Coercive Labor, Poverty Alleviation and Social Control in Xinjiang." *Journal of Political Risk*, vol. 7, no. 12, 2019, pp. 1-22.

United Nations Human Rights Council. "Report of the Special Rapporteur on Freedom of Religion or Belief on His Visit to China." United Nations Publications, 2014.



Congressional-Executive Commission on China. "New Evidence on China's 'Re-Education Centers' in Xinjiang." CECC Publications, 2019.

Roberts, Sean R. "The War on the Uyghurs: China's Internal Campaign against a Muslim Minority." Princeton University Press, 2020.

Wu, Tim. "The Manchurian Candidate: What a Uighur's Case Reveals About China's Human Rights Abuses." The New Yorker, 2021.

Zhang, Shawn Shieh-Llin. "China's Assimilationist 'New Frontier' in Xinjiang." Council on Foreign Relations, 2019.

